

**PRESSEMITTEILUNG**  
**ULI SCKERL MdL**  
**5.11.2016**

**Einigung zwischen Kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung bei den Finanzen:**

**Die Kommunen helfen dem Land beim Sparen**  
**Das Land fördert die kommunale Mammutaufgabe der Integration**

Am 4. November haben sich die Kommunalen Spitzenverbände und die grün-schwarze Landesregierung auf einen Finanzpakt bis 2021 geeinigt. Der Streit um die Verteilung der Gelder aus dem Finanzausgleich ist damit beendet. Die Städte, Gemeinden und Kreise haben für ihre wichtigen Aufgaben Planungssicherheit. „Die Einigung in der Gemeinsamen Finanzkommission aus Kommunen und Land war uns Grünen enorm wichtig. Kommunen und Land können nur im Konsens erfolgreich für die Menschen arbeiten“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landtag Uli Sckerl.

Es liege ein für beide Seiten gutes Ergebnis vor, betonte Sckerl. Dies sei nur durch gegenseitiges Entgegenkommen möglich gewesen. Den kommunalen Spitzenverbänden und ihren Mitgliedsgemeinden, -städten und den Landkreisen gebühre ein herzlicher Dank.

Die wichtigsten Bestandteile des Finanzpakets im Überblick:

Das Land erhöht den Vorwegabzug aus dem kommunalen Finanzausgleich ab 2017 um 200 Mio Euro jährlich.

Im Gegenzug erhalten die Kommunen jährlich 160 Mio. Euro vom Land für kommunale Anschlussunterbringung und Integration. Rund 70 Mio. Euro fließen über Integrations-Förderprogramme. Die Kommunen erhalten zudem jährlich pro zugewiesenem Flüchtling eine Pauschale von 1.125 Euro.

Das Land beteiligt die Kommunen im Volumen von ca. 60 Mio. Euro jährlich an einem Sanierungsfonds. Mit diesen Landesmitteln können die Kommunen wichtige Sanierungsaufgaben angehen.

Im Ergebnis unterstützen die Kommunen das Land bei der Haushaltskonsolidierung. Und das Land unterstützt die Kommunen bei der Integration, bei dringend anstehenden Sanierungsaufgaben und zusätzlich bei der Bewältigung von immer häufiger eintretenden Unwetterschäden.

Uli Sckerl: „Uns Grünen ist es neben der Förderung der Integration wichtig, den Kommunen bei der anstehenden Sanierung von kommunaler Infrastruktur, insbesondere auch bei Schulgebäuden zu helfen. Das sind drängende Herausforderungen in den Kommunen, und hier profitieren sie in Zukunft von einem neu geschaffenen kommunalen Sanierungsfonds. Den Grünen im Landtag war dieser ein besonderes Anliegen.“